

## **Studie: Handyverbot an Schulen verbessert Leistungen**

**Sollten Schulen ihren Schülern die Smartphone-Nutzung untersagen? Laut einer Studie wirkt sich ein Verbot so positiv auf die Leistungen aus wie eine Woche zusätzlicher Unterricht pro Schuljahr.**

Ein Verbot von Mobilgeräten an Schulen könnte sich einer aktuellen Studie zufolge positiv auf die Leistungen der Schüler auswirken. 16-jährige Schüler hätten durchschnittlich 6 Prozent bessere Ergebnisse erzielt, lautet das Resultat von Forschern der Londoner School of Economics. Das entspreche ungefähr dem Effekt einer zusätzlichen Unterrichtswoche im Schuljahr.

Gründe dafür sehen die Wissenschaftler in dem hohen Ablenkungsfaktor privater Mobilgeräte: Mit Messengern, Spielen und Social-Media-Anwendungen werde die Aufmerksamkeit schnell absorbiert und von schulischen Belangen abgezogen. Besonders positiv hätten sich Verbote bei leistungsschwächeren Schülern sowie solchen aus einkommensarmen Familien ausgewirkt – das Leistungsplus liege hier doppelt hoch so wie beim Durchschnitt. Bei ohnehin schon besonders guten Schülern sei hingegen kaum ein Effekt zu bemerken.

Die Studie wurde an Schulen in den britischen Städten London, Birmingham, Leicester und Manchester durchgeführt – sowohl vor als auch nach Einführung von Handyverboten. Dabei wollen die Autoren der Studie allerdings keine Aussagen zum Einsatz moderner Technik für Unterrichtszwecke machen. Hier könnten Mobilgeräte durchaus förderlich sein.

### **In Deutschland Ländersache**

In Deutschland werden immer mal wieder Rufe nach einem generellen Handy-Verbot an Schulen laut – was Gegenstimmen sogleich als unpraktikabel verwerfen. Generell hängen die Möglichkeiten für solche Regelungen von der Schulgesetzgebung ab, die Ländersache ist. In Bayern gilt beispielsweise laut Artikel 56 (5) des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, dass Mobilgeräte auf Schulhof und Schulgelände ausgeschaltet sein müssen. Anderenfalls könne das Gerät vom Lehrer vorübergehend eingezogen werden.

Länder wie Niedersachsen wollen hingegen kein generelles Verbot erlassen. "Wir haben Vertrauen in Schulleitungen und Lehrkräfte, dass sie nach Abwägung der Situation vor Ort sinnvolle und vernünftige Entscheidungen treffen", erklärte eine Sprecherin des Bildungsministerium kürzlich gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung. (axk)